

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant für gute Ideen. Die nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen und Bildungseinrichtungen.

„KSI: LED-Sanierung der Verkehrssignalanlage Knoten 41 der Stadt Balingen“

Die Stadt Balingen hat die Verkehrssignalanlage Knoten 41 an der Kreuzung Behrstraße / Hermann-Berg-Straße / Am Spitaltörlle auf 40V- LED-Technik umgerüstet.

Neben der Optimierung der Verkehrssicherheit trägt diese Maßnahme entscheidend zur Minimierung des Energieverbrauchs bei.

Vorrangig wurde beim Projektträger Jülich, www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen, ein Zuschussantrag für die energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung gestellt.

Im Juni 2017 erhielt die Stadt Balingen den Zuwendungsbescheid für einen Zuschuss in Höhe von max. 7.956,00 €. Das Förderkennzeichen lautet: **03K05816**

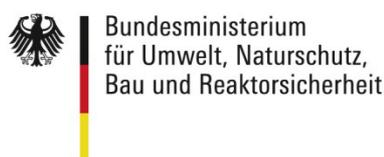
Ziel der Maßnahme ist die Energieeinsparung, sowie die Treibhausgasemissionen (CO₂) erheblich zu reduzieren.

KSI: LED-Sanierung der VSA Knoten 41 Balingen 2017-2018 Förderkennzeichen: 03K05816	
Projektzeitraum	01.08.2017 – 31.07.2018
Projektvolumen	26.521 Euro
Förderquote / Fördersumme	30 Prozent / 7956 Euro
CO₂ Einsparungen gesamt über die Lebensdauer	7 Tonnen
Durchschnittliche Stromeinsparung	80 %
Stromeinsparung pro Jahr	586 kWh/a

Am 05.07.2017 wurden die Arbeiten nach abgeschlossenem Vergabeverfahren an die Firma Swarco Traffic Systems GmbH aus 72669 Unterensingen vergeben.

Die Umrüstung wurde am 10.11.2017 mit der Schlussabnahme gemäß VOB/B abgeschlossen.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages